

<b>Gemeinsamer Fraktionsantrag</b>		<b>Vorlage-Nr: 19/083</b>
Federführend: SPD-Fraktion	Status: Datum: Verfasser/in:	öffentlich 22.03.2019 SPD-Fraktion
Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Resolution "Hilfe für Bootsflüchtlinge - für eine humanitäre und menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden in Seenot"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.04.2019	Rat der Stadt Hildesheim	Entscheidung

### Sachverhalt:

Die Seenotrettung im Mittelmeer ist unverändert ein ernstes Thema der europäischen Politik. Im Jahr 2018 sind mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch ertrunken, auf dem Wasserweg Europa zu erreichen. Diese Situation kann nicht hingenommen werden – und ist auch mit den humanitären Grundsätzen der EU unvereinbar.

Deshalb wird es begrüßt, dass in den vergangenen Monaten zumindest in Akutfällen Wege gefunden werden konnten, um Schiffe in Häfen anlanden zu lassen und die darauf ankommenden Flüchtlinge in Staaten der EU zu verteilen. Diese Vorgehensweise darf aber nicht allein die gängige Praxis bleiben, sondern die europäischen Staaten müssen – wie von der Bundesregierung unterstützt – zu einem geregelten System der Verteilung von Seenotflüchtlingen kommen. Auch die Stadt Hildesheim soll hierbei ihren – im Vergleich zum Gesamtproblem kleinen, aber gleichwohl wichtigen – Teil leisten.

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hildesheim fasst vor diesem Hintergrund die folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Hildesheim setzt sich für eine Flüchtlingspolitik ein, die von Humanität, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet ist. Es ist verantwortungslos und inakzeptabel, dem Tod zahlloser Menschen auf dem Mittelmeer zuzuschauen und so faktisch Abschreckung als ein zulässiges Mittel von Politik zuzulassen.
2. Daher ist es geboten, eine Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen in den Staaten der Europäischen Union zu ermöglichen, damit ihr Antrag auf Asyl in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft und darüber entschieden werden kann. Dafür ist ein Verteilmechanismus notwendig, der von vielen europäischen Ländern akzeptiert und angewandt wird. Die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Weg werden ausdrücklich begrüßt.
3. Die Stadt Hildesheim hat sich bereits bislang davon leiten lassen, Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu gewähren und sie zu betreuen – in gutem Zusammenwirken mit dem vorhandenen Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven und Institutionen. Die Stadt Hildesheim ist auch weiterhin bereit, in dieser Weise ihren Teil zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu leisten und Seenot- und andere Flüchtlinge, die vom Land Niedersachsen innerhalb festgesetzter Kontingente zugewiesen werden, unterzubringen und ihnen Betreuung und Beratung zukommen zu lassen.